

**Landesprogramm
Sachsen-Anhalt**

2006

von

„STATT Partei“

I. Soziales

1. Soziale Absicherung von Familien garantieren

Die Erziehungsgehälter, die 2007 eingeführt werden und normal besteuert werden, sollen für das erste Kind 1000 Euro und für jedes weitere Kind 600 Euro im Monat betragen. Unser Landesverband wird sich für diese Regelung einsetzen.

Anspruch sollte der Ehepartner haben, der sich der Erziehung des Kindes widmet.

Das Kindergeld würde nach unserer Vorstellung bis zum Ende der Zahlung entfallen.

Selbstverständlich können trotz Erziehungsgehalt Minijobs (bis 400 Euro/Monat) angenommen werden.

Ein symbolisches Begrüßungsgeld für Neugeborene werden wir ebenfalls anregen.

In Sachsen-Anhalt werden wir einen Familien-Pass (Eltern plus zwei Kinder) einführen. Dieser „Rabatt-Pass“ wird in allen öffentlichen Einrichtungen (Zoo, Schwimmbädern, Museen, Kino etc.) gültig sein. Zum einen werden Familienausflüge gefördert, zum anderen verhindert, dass Großfamilien enorme Kosten bei Ausflügen mit der gesamten Familie entstehen.

Es muss geprüft werden, inwieweit Eltern das staatliche Förderungsgeld für ihre Kinder einsetzen. Generell gilt: Das Geld muss primär den Kindern zu Gute kommen. Zweckentfremdung lehnen wir ab und werden dagegen vorgehen.

2. Die Jugend integrieren, nicht ausschließen

„**STATT Partei**“ wird sich für einen überparteilichen Landesjugendrat einsetzen, welcher aus Mitgliedern der organisierten Schüler- und Jugendverbände bestehen wird.

Auch in den Kommunen sollen die Jugendlichen politisches Mitspracherecht erlangen. Aus diesem Grund werden wir zur Gründung von Jugendparlamenten in den Kommunen anregen.

Leider müssen die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts über fehlende Fahrradwege und Spielstraßen klagen. Gehör wird ihnen leider nicht geschenkt. Wir werden bei der weiteren Städteplanung in Land und Kommune verstärkt auf den Bau von Fahrradwegen und Spielstraßen hinwirken.

Neben neuen Grünflächen wird „**STATT Partei**“ auch neue Spielplätze bauen lassen. Finanzierbar wird das durch Patenschaften, welche die Eltern in den nahen Wohngebäuden übernehmen sollen. Demnach fallen weniger Unterhaltskosten für die Kommune an, die vielen Fälle der mutwilligen Zerstörung von Spielplätzen werden hierdurch verringert.

Neben regelmäßigen sportlichen Wettbewerben sollen künftig auch wissenschaftliche Wettbewerbe auf Kommunal- und Landesebene veranstaltet werden. Hierbei setzen wir uns für das Sponsoring durch namenhafte Betriebe ein.

3. Einen schönen Lebensabend für Senioren gewährleisten

„**STATT Partei**“ wird sich auf Kommunal- und Landesebene dafür einsetzen, dass rentnerfreundliche Initiativen, wie Ausflüge und auch rentnerfreundliche Einrichtungen gefördert und ausgebaut werden.

Wir unterstützen ältere Menschen, damit sie möglichst lange über ihre Lebensführung selbstständig entscheiden können.

Dazu gehört beispielsweise die Förderung der Wohnungsbauprojekte zum „altersgerechten Wohnen“.

Auch ältere Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum können sich unserer Unterstützung sicher sein. Wir unterstützen jegliche Entwicklungen zur besseren Hilfestellung.

Wir werden Initiativen starten, die auf eine bessere Interaktion zwischen Jung und Alt abzielen.

II. Bildungspolitik

1. Frühe Förderung in Vor- und Grundschulen

Andere Parteien erkennen nicht, dass besonders die frühe Förderung gestärkt werden muss. Besonders die Aktivitäten und die Förderung in den Vorschulen müssen hier verbessert werden. Die Kinder sollen hierbei spielerisch an das Rechnen, das Schreiben und das Lesen herangeführt werden.

2. Beurteilung nach Leistungsprinzip

Wir setzen uns für Richtlinien ein, die auf allen Bildungsebenen einen regelmäßigen Erfolgs- und Leistungsnachweis von Lehrern und Professoren während ihrer Berufsausübung sicherstellen. Neben den fachlichen Kenntnissen werden insbesondere pädagogische Fähigkeiten der Lehrkräfte überprüft und deren zeitgemäße Fort- und Weiterbildung garantiert.

3. Für eine nachhaltige Hochschulreform

Es muss gewährleistet sein, dass jede Studentin und jeder Student die Chance auf ein Studium bekommt. Ausschlaggebend darf dafür nicht die Finanzierbarkeit, sondern nur die schulischen Leistungen der Studenten sein.

Wir garantieren deshalb, dass das Erststudium jeder Studentin und jedes Studenten kostenfrei bleibt.

Außerdem werden wir anregen, dass primär unsere Abiturientinnen und Abiturienten in den Universitäten Sachsen-Anhalts immatrikuliert werden. Sollten Plätze über sein, so können diese später an Studentinnen und Studenten anderer Bundesländer vergeben werden. Es kann nicht sein, dass die Studenten Sachsen-Anhalts jahrelang auf einen Studienplatz warten müssen und deshalb in andere Bundesländer abwandern.

4. Mehr Studenten durch neue Hochschulzugangsberechtigung-Varianten

Durch neue Möglichkeiten, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen, möchten wir neue Maßstäbe setzen und Schülerinnen und Schülern ohne Abitur die Möglichkeit geben, dennoch zu studieren. So werden wir zum Beispiel Kurse an den Universitäten anbieten, deren erfolgreicher Abschluss das Studium eines bestimmten Studienganges ermöglicht.

5. Eine höchstmögliche Mobilität ermöglichen

Wir werden eine bundesweite gleiche Abiturprüfung unabhängig von der Länderhoheit in Sachen Bildung fordern, um für die Absolventen eine Voraussetzungsgleichheit hinsichtlich der Berufsausbildung und Mobilität zu schaffen. Als mobilitätshemmend erweisen sich unterschiedliche Bildungsstandards in den einzelnen Bundesländern.

6. Rauchverbot an öffentlichen Schulen

Unser Landesverband wird sich für ein generelles Rauchverbot an allen öffentlichen Schulen einsetzen.

III. Arbeit und Wirtschaft

1. Primär regionale Unternehmen fördern

Aufträge an die regionalen Unternehmen zahlen sich aus, so zum Beispiel als direkte Steuereinnahmen für die Kommunen Sachsen-Anhalts.

Die Zusammenarbeit mit den regionalen Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungszweigen ist das Gebot der Stunde. Mit diesen treiben wir die Wirtschaftsoffensive voran - für Sachsen-Anhalt, für die Kommunen, für die Menschen, für den Wohlstand unserer Region.

2. Reformierung von Hartz IV

Unser primäres Ziel ist es, die Arbeitslosenzahlen zu senken. Unter den Arbeitslosen verbergen sich „Sozialschmarotzer“, welche den Staat „ausnehmen“. Damit ist Schluß!

Alle Arbeitslosen werden künftig für Winterdienste, Grünflächenpflege, Bauarbeiten, Aushilfjobs etc. herangezogen. Weigert man sich, zumutbare Arbeiten zu erledigen, werden die Bezüge gekürzt. Auch werden wir die Bundesagentur für Arbeit zu mehr Maßnahmen gegen die „schwarzen Schafe“ unter den Arbeitslosen drängen.

Es ist zu prüfen, welche Bürgerinnen und Bürger durch Hartz IV zu Unrecht stark benachteiligt werden. Diesen „Opfern“ der Bundespolitik ist mit Sofortmaßnahmen unter die Arme zu greifen.

Unsere Programme versprechen neue Arbeitsplätze.

Durch Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, durch Stärkung der Selbstständigkeit und Förderung von Existenzgründungen, sowie durch neue Stellen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich sind wir in der Lage neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir begegnen Jugendarbeitslosigkeit mit einem Ausbildungszwang für Konzerne. Sollten die Konzerne sich weigern, fallen Steuervergünstigungen weg.

IV. Umwelt

Eine unplanmäßige Entwicklung der städtischen Randgebiete ist zu unterbinden. Durch immer mehr Bodenversiegelung wird nicht nur das Grundwasser nachhaltig verschmutzt, auch die artenreiche Pflanzen- und Tierwelt wird immer mehr zerstört. Die Kommune muss mit der Vergabe der Bebauungsfläche nachhaltiger umgehen.

Wir stehen zwar für eine umweltfreundliche Industriepolitik und Automobilwirtschaft, aber es darf bei Entscheidungen, die den Umweltschutz betreffen, nie vorrangig wirtschaftlichen Erwägungen der Vorzug gegeben werden. Vorrang unserer Politik ist immer der bestmögliche Schutz unserer Umwelt für unser Land und unsere Bürger.

Wir treten für die vermehrte Förderung und Anwendung alternativer Energiequellen ein, wobei die Erhaltung des Landschaftsbildes berücksichtigt werden muss.

V. Innenpolitik

1. Die Abwanderung stoppen

Wir befürworten den Ausbau und die Förderung von Fachläden für Säuglinge und Kleinkinder in den Kommunen und möchten auf "Mini-Job"-Basis auch eine kostengünstige Abendbetreuung für Kinder der arbeitenden Bevölkerung bereitstellen.

Jungen, berufstätigen Eltern müssen auf finanzieller Basis und auf Basis der Betreuung viel mehr Möglichkeiten geboten werden. Dazu zählen Vergünstigungen bei Mieten oder auch bei Tarifen des öffentlichen Nahverkehrs. Familienpässe sind einzuführen, mit denen die Familien Rabatte in öffentlichen Einrichtungen bekommen.

Günstige Baukredite für Familien fordern wir im Land und in den Kommunen.

Ebenso muss die Qualität und Anziehungskraft der sachsen-anhaltinischen Hochschulstädte erhalten werden.

2. Die Hochschulstädte erhalten

Wir werden uns stärker denn je für die Stärkung und Förderung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen einsetzen. Wir sollten das Potential unserer Forschungseinrichtungen noch stärker für unsere Entwicklung nutzen. Somit wird der mitteldeutsche Raum für Studenten und Studierende noch attraktiver.

Unser Ziel ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Hochschulen, um Probleme schneller zu erkennen und vorausschauend zu agieren.

Die Wirtschaftsförderung wird in diesem Zusammenhang auch in die Verantwortung genommen. Durch sie kann Entwicklung in der Forschung in den Kommunen auch die praktische Anwendung finden. Neue Ideen und Konzepte sind von Nöten, welche über unsere regionalen Unternehmen vertrieben werden könnten.

Wissen schafft Arbeit!

3. Die Verwaltung reformieren

Reform heißt: Mehr Verantwortung für die hoch qualifizierten Mitarbeiter und Verzicht auf endlose Diskussionen und Verzögerungen.

Wir werden es zu verhindern wissen, dass immer mehr Schlüsselpositionen in unseren Behörden und Institutionen von den Politikern der Volksparteien besetzt werden. Wir haben genug fähige und arbeitswillige Menschen, wir brauchen keine Politiker in diesen Positionen. Für uns gilt: Kompetenz vor Karriere mit Parteibuch!

5. Recht und Ordnung auf unseren Straßen sichern

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes fühlen sich unsicher - verständlich, wenn über Nacht die halbe Stadtbeleuchtung ausgeschaltet wird.

Das Ergebnis dieses schmalspurigen Wahns: Vandalismus, Gewaltbereitschaft und andere kriminelle Handlungen werden begünstigt.

Wir wollen das ändern: Sparen können wir woanders, jedoch nicht bei der Sicherheit!

Auch das Ärgernis "Hundekot" nimmt zu. Vom Ordnungsamt verlangen wir ein unnachgiebiges Vorgehen. Das Ordnungsgeld ist stark zu erhöhen. Bei jedem weiteren Delikt der Hundebesitzer steigert sich das Ordnungsgeld. Die „Verursacher“ - in dem Fall die Besitzer der

Hunde – werden sich aktiv an der Reinigung der „kotverschmierten“ Plätze beteiligen.

Altstädte des Landes sind zum graffitifreien Gebiet zu erklären. Verstöße sind mit hohen Geldbußen zu ahnden. Für Sprayer sollte ein Gebiet bereitgestellt werden, wo man nach Herzenslust Wände besprühen kann. Alle anderen Häuser in der Stadt sind zu verschonen, Verstöße sind hart zu ahnden. Wir verlangen eine Bestrafung wegen Sachbeschädigung.

Angetrunkenen Mitbürgern, die sich gern vor Einkaufsmöglichkeiten plazieren oder sich allgemein einer breiten Masse präsentieren müssen und in Folge ihrer Drinkorgien Konflikte suchen, sind Platzverweise auszusprechen. Alkohol getrunken werden kann in Bars, Cafés, Kneipen oder im eigenen Heim.

Drogenabhängigen Mitbürgern sind generell Platzverweise auszustellen. Wir sehen allerdings nicht die Konsumenten als Täter, sondern die Dealer. Diese werden unter unserer Regierung strafrechtlich noch stärker in die Verantwortung gezogen.

Wir fordern für Alkohol- und Drogenabhängige Entzugsprogramme. Wir werden dafür zuständige Organisationen unterstützen.

Alle Bürger ab 70 Jahren, welche einen Führerschein besitzen, haben sich einer jährlichen Eignungsprüfung zu unterziehen. Bei Fahrschulen ist mit einer jährlichen praktischen Fahrprüfung die Fahrtauglichkeit nachzuweisen. Kann diese nicht nachgewiesen werden, so ist der Führerschein zu entziehen. Zu diesem Schritt drängen uns neuste Verkehrsstatistiken: Immer mehr Verkehrstote durch ältere Autofahrer ab 70. Dagegen muss etwas getan werden. Dasselbe gilt beim „Führerschein auf Probe“ nach Ablauf bei Neuanfängern.

Wir werden die Förderung von Polizei und Ordnungsamt in unseren Kommunen enorm aufstocken, um eine entsprechende Ausrüstung gewährleisten zu können und neue Stellen zu schaffen.

Wie der Fall Moshammer zeigte, kann die DNA-Analyse sofort Verbrechen aufklären. Wir schlagen deshalb ein Bundesgesetz für eine Zwangsabgabe der DNA von kriminell auffällig gewordenen Bürgerinnen und Bürgern vor.

Der Datenschutz wird natürlich aufs vollste bewahrt. Nur der Name und die Adressdaten werden bei der Polizei gespeichert, niemand sonst wird Zugriff auf die Daten haben. Nach DNA-Fund am Ort des Verbrechens wird es für die Polizei ein leichtes sein, den oder die Täter ausfindig zu machen.

Wir erhoffen uns dadurch einen rapiden Abfall der Verbrechen.

9. An Politikern sparen

Wie das Beispiel Schleswig-Holstein zeigt, ist auch ein kleiner Landtag enorm leistungsfähig. Wir fordern demnach zur nächsten Legislaturperiode eine Verkleinerung des Landtages auf 70 Abgeordnete.

Ebenso muss das Rentensystem für Politiker reformiert werden. Pro Jahr im Landtag bekommt ein Abgeordneter 3 % seiner Diäten zu seiner späteren Rente hinzu. Wir verlangen einen festen Rentensatz für die Politikerinnen und Politiker, der zu diskutieren ist.

10. Sporttraditionen wiederbeleben

Leistungssportler und deren Vereine müssen gefördert und weiterentwickelt werden. Auch private Investitionen in Vereine und Sportstätten sollten angestrebt werden. Wir werden jede Bemühung unserer Bürgerinnen und Bürger dahingehend fördern und begleiten.

Für sportinteressierte Touristengruppen fordern wir günstigere Angebote in Hotels und

Jugendherbergen, außerdem den Ausbau des Angebots. So sollten neue Bootsstege entstehen oder neue Freizeitangebote wie Wandertouren etc. Auch moderne Zeltplätze müssen in den Kommunen errichtet werden.

11. Soziale Brennpunkte in den Kommunen beseitigen

Plattenbauten sind bis auf die ersten fünf Etagen abzutragen, die sozialen Disparitäten zu lösen. Die ehemaligen Brennpunkte werden durch Senkung der Mietspreise, durch Ansiedlung von Firmen und Konsumgüteranbietern und durch Verschönerung des Gesamtbildes für alle Bewohner wieder attraktiver gemacht.

Durch Videoüberwachung und durch Einsatz mehrerer Polizeistreifen wird die Situation in den Gebieten verbessert.

Unser Tourismusangebot muss stark erweitert werden. Neben den Preissenkungen in den bestehenden Hotels fordern wir den Neubau und auch das Anlegen von Zeltplätzen außerhalb der Kommunen.

Das Kulturangebot (Theater, Museen, Kino etc) ist ebenfalls zu erweitern.

12. Das Kulturerbe bewahren

Unser Kulturangebot zieht Menschen anderer Regionen an. Dies soll auch so bleiben! Wir fordern Räume für die mitteldeutsche Architektur, Bilder, Fotografien etc. Ebenso regen wir zu Wettbewerben mit anderen Städten an.

Bei diesen neuen Initiativen entstehen Arbeitsplätze, außerdem könnte die Kultur ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Kommunen werden.

Als besonders wichtig sehen wir die Förderung regionaler Künstler an. Diesen zum Erfolg zu verhelfen verhilft uns zu mehr Bekanntheit und zu mehr Tourismus.

13. Die Infrastruktur überarbeiten

Wir verlangen einen Preisstopp bei den Verkehrsunternehmen.

Die Gebührenparkplätze werden ausgebaut, allerdings werden die Parktickets auf jedem Parkplatz der Kommunen, sowie in jedem Parkhaus gelten. Die Preise sind dementsprechend anzupassen.

Mit Parksündern wird weiterhin ohne Rücksicht verfahren, allerdings fordern wir mehr Einsicht. In den Kommunen sind vor öffentlichen Einrichtungen kaum Parkplätze vorhanden. Wir fordern den Ausbau der Parkmöglichkeiten, ebenso die Förderung von temporären (kurzzeitigen) Parkplätzen.

Unser Bus- und Bahnnetz muss noch flächendeckender angelegt werden, um ein schnelle Reise von A nach B zu gewährleisten. So sind zum Beispiel im Norden Sachsen-Anhalts Verkehrsverbände zu gründen und in schwach besiedelten Gebieten Ruftaxen und -busse einzusetzen.

© 2006 by „**STATT Partei**“